

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2019 / Ausgabe 146 - 13. Dezember 2019



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

Bürokratieabbau. Seit dieser Legislaturperiode bin ich Berichterstatter für Bürokratieabbau. Vor wenigen Wochen haben wir das BEG 3 beschlossen. Mit dem Gesetz digitalisieren wir den Gelben Zettel und den Hotelmeldeschein. Außerdem haben wir die Aufbewahrungsfristen für die Vorhaltung von Datenverarbeitungssystemen für steuerliche Zwecke halbiert.

*Beim Bürokratieabbau ist es leider so wie beim Rasenmähen.
Wenn man es nicht regelmäßig macht, fängt es an zu wuchern.*

Kassenbonpflicht. Ganz aktuelles Beispiel: Ab dem 1. Januar soll eine Kassenbonpflicht gelten – für alles. Das bedeutet konkret: Wenn man sich auf der Kirmes ein Bier oder ein Brötchen beim Bäcker kauft, muss der Verkäufer dem Kunden einen Beleg aushändigen. Leider sträubt sich die SPD (noch) gegen eine pragmatische Lösung.

Taiwan. Tief bewegt von den Ereignissen in Hongkong hat ein Bürger aus Rostock nach einer Reise nach Taiwan eine Petition zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dem Land eingereicht. „Ich bin in einem kommunistischen Staat aufgewachsen, als die Mauer fiel war ich knapp 42 Jahre alt. Ich weiß, wie es in einem solchen System läuft, und verstehe die Angst der Taiwanesen vor der Volksrepublik China“, sagt der Petent. Als Vorsitzender der deutsch-taiwanischen Parlamentariergruppe wünsche ich mir mehr Mut von unserer Regierung. Natürlich übt China Druck aus – auch auf uns. Aber zu einem der Druck ausübt, gehört auch einer, der das mit sich machen lässt.

IN DIESER AUSGABE

Bürokratieabbau

Taiwan & Hongkong

ESA-Ministerratskonferenz

Ahmadiyya

Haushalt 2020

Weihnachtsgruß

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



BÜROKRATIEABBAU

Seit dieser Legislaturperiode bin ich für meine Fraktion Berichterstatter für das Thema Bürokratieabbau. Ich hatte Ihnen bereits in meinem Hauptstadtbrief Nr. 141 davon berichtet – und darin auch ein drittes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG 3) angekündigt. Nachdem das Gesetz am 27. Oktober in 2./3. Lesung den Bundestag passiert hatte, stimmte am 8. November auch der Bundesrat zu. Da es sich beim BEG 3 um ein sogenanntes Zustimmungsgesetz handelt, hätte der Bundesrat das Gesetz noch „kassieren“ können. Das ist aber glücklicherweise nicht passiert.

Mit dem Ersten Bürokratieentlastungsgesetz haben wir die Wirtschaft um 704 Millionen Euro entlastet. Beim Zweiten waren es 135 Millionen Euro. Summa summarum also um 839 Millionen Euro. Die im BEG 3 enthaltenen Maßnahmen entlasten Wirtschaft, Bürger und Verwaltung um 1,1 Milliarden Euro. Damit fällt die Entlastung größer aus als bei den beiden vorausgegangenen Bürokratieentlastungsgesetzen zusammen!

Was beinhaltet das BEG 3 konkret? Mir war wichtig, dass wir für jedermann spürbare Verbesserungen auf den Weg bringen. Das haben wir geschafft! Das BEG 3 kann man gut und gerne auch mit der Überschrift „Schluss mit der Zettelwirtschaft“ versehen.

Wir digitalisieren den Gelben Zettel.

Mit dem Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung haben wir bereits zum 1. Januar 2021 ein elektronisches Verfahren zur Übermittlung von Arbeitsunfähigkeitsdaten durch die Ärzte an die Krankenkassen eingeführt.

Mit dem BEG 3 wird dieses Verfahren ab 2022 erweitert. Die Krankenkassen müssen nun eine Krankmeldung zum Abruf für die Arbeitgeber erzeugen. Wer krank ist, muss also in Zukunft den Gelben Zettel weder bei der Krankenkasse noch beim Arbeitgeber einreichen. Alles wird digital im Hintergrund ablaufen. Natürlich muss und soll man seinem Chef und/oder den Kollegen weiterhin Bescheid geben. Wer die Grippe hat, kann aber direkt nach dem Arzt wieder ins Bett und muss nicht erst noch zur Post. Angesichts von etwa 77 Millionen Gelbenzetteln, die jährlich in den Arztpraxen unseres Landes ausgestellt werden, beläuft sich die Entlastungswirkung für Bürger und Wirtschaft jeweils auf über eine halbe Milliarde Euro!

Wir digitalisieren den Meldeschein.

Und ich glaube, jeder hat auch schon einmal die folgende Situation erlebt: Man möchte im Hotel übernachten und muss erstmal einen Meldezettel ausfüllen. Das Hotel muss den Zettel ein Jahr aufbewahren und dann vernichten. Ich habe mir schon oft über den Sinn und Zweck dieser Zettelwirtschaft Gedanken gemacht. Und ich bin unserem Innenminister Horst Seehofer sehr dankbar, dass wir auch bei diesem Thema einen Schritt ins 21. Jahrhundert machen konnten. Bislang müssen die Beherbergungsbetriebe jährlich etwa 150 Millionen Meldescheine aufheben. Das ist ein immenser Aufwand. Wir werden das Verfahren mit einer Digitalisierung deutlich vereinfachen.

Aufbewahrungsfristen

„Schluss mit der Zettelwirtschaft!“ hätte ich persönlich auch gerne bei den Aufbewahrungsfristen im Steuer- und Handelsrecht gesagt. Eine Verkürzung der Frist

von zehn auf acht Jahre würde die Wirtschaft um 1,7 Milliarden Euro entlasten und den Fiskus nur 200 Millionen Euro kosten. Ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von über acht zu eins. Wo hat man das heutzutage noch? Im April 2013 hatten wir eine solche Verkürzung bereits mit einer Stimmenmehrheit von CDU/CSU und FDP im Bundestag beschlossen, scheiterten dann aber am Veto des Bundesrats. Leider scheiterte unser Wunsch, eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen ins BEG 3 aufzunehmen auch dieses Mal am Widerstand der SPD. Immerhin haben wir es geschafft, die ***Frist für die Vorhaltung von Datenverarbeitungssystemen für steuerliche Zwecke von zehn auf fünf Jahre*** zu verkürzen. Es reicht nun vollkommen aus, wenn man die Daten nach Ablauf der Frist auf einem USB-Stick oder ähnlichem vorhält, man muss nach einem Systemwechsel nicht mehr über zehn Jahre das alte, nicht mehr gebrauchte System updaten.

Umsatzsteuervoranmeldung

Wir wollen auch Gründer entlasten. In der Frühphase von Gründungen soll die Umsatzsteuervoranmeldung nicht mehr monatlich sondern, vierteljährlich erfolgen. Bei der Maßnahme handelt es sich um die Umsetzung eines wichtigen Versprechens aus dem Koalitionsvertrag.

Leider ruft der Begriff „Bürokratieabbau“ bei den Sozis ganz andere Assoziationen hervor als bei uns von der Union. Wir wollen Verwaltung, Wirtschaft und Bürger von – in unseren Augen unnötiger – Bürokratie entlasten. Die Sozialdemokraten haben hingegen ein ganz anderes Menschen- und Unternehmerbild vor Augen. Sie bewerten Bürokratieabbau als „Begünstigung von Steuerhinterziehung“ und „Einschränkung von Arbeitnehmerrechten“.

Wir hätten gerne noch mehr Maßnahmen ins BEG gepackt. Der Bundesrat gab uns dieses Mal in seiner Stellungnahme sogar eine Steilvorlage. Wir wollten eine Anhebung des Grenzwerts für Geringwertige Wirtschaftsgüter von 800 auf 1.000 Euro erreichen. Auch habe ich im Berichterstattergespräch mit der SPD noch einmal über die DSGVO verhandelt. Hier hat uns sogar die Europäische Kommission jüngst „goldplating“ vorgeworfen, weil wir über die von der EU geforderten Bestimmungen hinausgehen. Aus diesem Grund wollten wir die Schwelle, ab der ein Datenschutzbeauftragter benannt werden muss, von 20 auf 50 Mitarbeiter erhöhen.

Immerhin konnten wir der SPD die Anhebung der Umsatzgrenze der Ist-Besteuerung von 500.000 auf 600.000 Euro abringen. Die SPD wollte diese Maßnahme („zu kurzfristig“) zwar nicht im BEG 3 haben – auch im Jahressteuergesetz fand sie sich nicht wieder. Aber wir blieben hartnäckig. Am 12. Dezember haben wir die Bürokratieentlastung mit einem Änderungsantrag im *Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen* untergebracht.

Zum Hintergrund: Mit dem ersten Bürokratieentlastungsgesetz wurde die Buchführungsgrenze der Abgabenordnung auf 600.000 Euro Umsatz im Kalenderjahr angehoben. Kleine und mittelständische Unternehmen, die Umsätze zwischen 500.001 Euro und 600.000 Euro erzielen, können seitdem zwar die Buchführungsbefreierung in Anspruch nehmen. Sie müssen umsatzsteuerrechtlich jedoch weitreichendere Aufzeichnungspflichten beachten. Damit lief ein Teil der angestrebten Entlastung bisher ins Leere. Durch die Anhebung der Ist-Besteuerungsgrenze von 500.000

Euro auf 600.000 Euro wird ein Gleichlauf mit der Buchführungsgrenze in der Abgabenordnung erreicht und die Unternehmen somit von unnötigen Bürokratiekosten entlastet.

BEG 4

Nach dem BEG ist vor dem BEG. Wir haben uns von der SPD das Bekenntnis zu einem weiteren Bürokratieentlastungsgesetz in dieser Legislaturperiode erkämpft. Die Bundesregierung wird die entsprechenden Konsultationen für ein BEG 4 zwischen den Ressorts einleiten. Ein Schwerpunkt soll sein, die Bürokratie- und Regulierungslasten für Gründer in der Start- und Wachstumsphase auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Auch wollen wir Genehmigungsverfahren für private Bau- und Infrastrukturmaßnahmen beschleunigen.

Auch auf europäischer Ebene. Hier möchte ich die Bundesregierung dringend darum bitten, beim Stichwort A1-Bescheinigung nicht locker zu lassen. Es ist gut, dass die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die „One-in, one-out“-Regel auch auf europäischer Ebene implementieren möchte.

KASSENBPFLICHT

Beim Bürokratieabbau ist es leider so wie beim Rasenmähen. Wenn man es nicht regelmäßig macht, fängt es an zu wuchern. Ganz aktuelles Beispiel: Ab dem 1. Januar soll eine Kassenbonpflicht gelten – für alles. Das bedeutet konkret: Wenn man sich auf der Kirmes ein Bier oder ein Brötchen beim Bäcker kauft, muss der Verkäufer dem Kunden einen Beleg aushändigen. Die Regelung wurde schon in der letzten Legislaturperiode verabschiedet, als der Finanzminister noch Wolfgang Schäuble hieß und

von der CDU kam. Natürlich ist es ein mögliches Einfallstor für Betrüger, wenn kein Beleg gebongt wird. Deswegen wollten wir eine Regelung, nach der der Kunde immer einen Beleg verlangen kann. Für das "schwarze Schaf" hätte also immer die Gefahr des Auffliegens bestanden.

Der SPD war das aber nicht genug. Hier kommt wieder das negative Menschenbild der Sozis zu tragen. In einer Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion hieß es im Jahr 2016: „Die heutigen technischen Möglichkeiten zur Manipulation von so genannten digitalen Grundaufzeichnungen (also zum Beispiel Registrierkassen) stellen ein ernsthaftes Problem für einen effektiven und gleichmäßigen Steuervollzug dar.“ Und weiter: „Die SPD-Fraktion konnte in den Beratungen einige wesentliche Verbesserungen an dem Gesetzesentwurf durchsetzen: Bei elektronischen Kassen führen wir eine Belegausgabepflicht ein, von der Unternehmer nur in Fällen von unverhältnismäßigen Härten befreit werden können.“

Wir haben dem damals nur zugestimmt, weil wir von einer Möglichkeit der Befreiung nach Sinn und Verstand ausgegangen sind. Doch davon will SPD-Finanzminister Olaf Scholz nichts mehr wissen. Unser Wirtschaftsstaatssekretär Thomas Bareiß sagte dazu: „Anscheinend wurde diese Befreiungs- und Vereinfachungsmöglichkeit weitgehend vom Finanzminister im Zuge der Gesetzesumsetzung eingestampft.“ Das wollen wir uns nicht gefallen lassen. Kein Mensch braucht Millionen von Kassenzetteln. Das kostet nicht nur Geld, sondern schadet auch der Umwelt. Kassenzettel dürfen sogar noch nicht einmal im Papiermüll entsorgt werden. Es handelt sich dabei wegen der Beschichtung um Sondermüll.

Mir wurde dieser Tage eine Theorie zuge-
tragen, warum sich gerade die SPD so für
diese unsinnige Maßnahme einsetzt. Die
SPD ist 100 % Eigentümerin der Deut-
schen Druck- und Verlagsgesellschaft
(dd.vg). Zum Medienimperium der SPD
gehören nicht nur etliche Zeitungen, son-
dern auch Druckereien usw. An dem Un-
ternehmen Locafox GmbH ist die SPD mit
47,6 % beteiligt. Und was stellt Locafox
her: „All-in-One Kassensystem für den
Einzelhandel“.

Wie auch immer. Wenn der Finanzminis-
ter nicht auf Verwaltungsebene für Verbes-
serungen sorgt, werden wir im Bundestag
noch einmal tätig. Unser Wirtschaftsmin-
ister Peter Altmaier hat bereits entspre-
chenden Gesprächsbedarf bei seinem
Kollegen von der SPD angekündigt.

TAIWAN & HONGKONG

Hongkong wurde von der Volksrepublik
China mit dem falschen Versprechen „Ein
Land, zwei Systeme“ gelockt. Das hat sich
als fataler Fehler erwiesen. Die Menschen
gehen seit einiger Zeit lautstark für ihre
Freiheit auf die Straße. Als Vorsitzender
der deutsch-taiwanischen Parlamentarier-
gruppe bewegen mich die Ereignisse in
Hongkong ganz besonders. Doch während
Taiwan „nur“ am Abgrund steht, ist Hong-
kong schon einen Schritt weiter – im nega-
tiven Sinne. Aus diesem Grund habe ich
auf dem zurückliegenden CDU-Bunde-
sparteig in Leipzig folgenden Antrag initi-
iert:

“Die CDU Deutschlands bekundet ihre So-
lidarität mit denjenigen Menschen in
Hongkong, die friedlich für die Wahrung
ihrer im Zuge der Rückgabe Hongkongs
1997 an die Volksrepublik im Basic Law

verankerten Rechte eintreten. Die Volksre-
publik China hat sich mit der chinesisch-
britischen gemeinsamen Erklärung zu
Hongkong völkerrechtlich bindend dazu
verpflichtet, das Prinzip ‚Ein Land, zwei
Systeme‘ 50 Jahre lang nicht anzutasten.“

Der Umgang der Volksrepublik China mit
Hongkong ist aber auch ein wichtiger
Warnschuss für Taiwan – und ein Grad-
messer für die gesamte westliche Welt. Die
Herausforderungen von Hongkong und
Taiwan sind ähnlich. Beide müssen ihre
Freiheit(en) verteidigen.

Taiwan muss der Leuchtturm der Demo-
kratie in Südostasien bleiben!

Aufgrund der Ein-China-Politik konzent-
rieren sich die deutsch-taiwanischen Be-
ziehungen vor allem auf die Bereiche
Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Ge-
rade die bilateralen Wirtschaftsbeziehun-
gen laufen sehr gut. Deutschland ist
sowohl bei den Importen als auch bei den
Exporten Taiwans wichtigster Partner in
Europa. Aus deutscher Sicht steht Taiwan
knapp hinter Indien an fünfter Stelle unse-
rer wichtigsten Handelspartner in Asien.
Im weltweiten Vergleich steht Taiwan auf
Position 27 – vor Brasilien, Kanada oder
Australien. Das ist für ein verhältnismäßig
kleines Land wie Taiwan (23 Millionen
Einwohner) eine immense Leistung. Und
Taiwan beliefert uns nicht mit irgendet-
was, sondern mit hochwertigen Gütern.
Taiwanische Marken haben in Deutsch-
land einen exzellenten Ruf!

Am 12. Dezember wurde in Berlin ein Ko-
operationsvertrag zur Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Vergangenheitsbewäl-
tigung zwischen Deutschland und Taiwan
unterzeichnet. Das geht auf eine Taiwan-
reise im Mai letzten Jahres von Roland
Jahn und mir zurück.

Roland Jahn ist der Leiter der Stasiunterlagenbehörde – also der Behörde, die die Unterlagen der „Stasi“, des früheren DDR-Geheimdienstes, verwahrt. Die Behörde ist ein wichtiges Instrument zur Aufarbeitung der zum Glück überwundenen DDR-Diktatur. Auch wenn sich eine Gleichsetzung der totalitären kommunistischen Herrschaft im früher unfreien Teil unseres Vaterlandes mit der Zeit des Kriegsrechts in Taiwan verbietet, spielt Aufarbeitung doch auch in Taiwan eine große Rolle, da im Namen staatlicher Autorität Unrecht begangen wurde. Am 28. Februar wird in Taiwan des 228-Massakers gedacht.

Bei unserem Besuch ging es nicht darum, den Menschen in Taiwan Vorgaben zu machen. Das können und wollen wir nicht. Wir haben von unseren Erfahrungen berichtet. Von Erfolgsrezepten und Fehlern. Fehler, die wir schon gemacht haben, müssen andere nicht wiederholen, erfolgreiche Modelle nachzuahmen, ist nicht einfalllos, sondern klug.

Taiwan ist der Beweis, dass auch Chinesen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit können! Die Liste der kleinen und großen Repressionen und Drohungen von Seiten der Volksrepublik China gegenüber Taiwan ist lang. Bei jeder Gelegenheit versucht China den Namen Taiwan zu tilgen oder mit dem Label „China“ zu versehen. Auf die wenigen Staaten, die noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, übt Rotchina Druck aus, damit diese sich von der demokratischen Inselrepublik lossagen.

Als der taiwanische Außenminister Joseph Wu der Süddeutschen Zeitung letztes Jahr ein Interview gab, nahm die chinesische Botschaft die Zeitung keinen Tag später unter Beschuss. Die Süddeutsche Zeitung

würde nicht nur gegen die Ein-China-Politik verstoßen, sondern auch noch „sektiererischen Kräften der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung eine öffentliche Plattform zu bieten“. Die Wortwahl macht mich immer noch fassungslos. Joseph Wu ist der demokratisch legitimierte Außenminister eines Staats mit 23 Millionen Einwohnern – und nichts anderes.

In aller Offenheit forderte der chinesische Staatschef Xi Jinping in seiner Neujahrsansprache eine Annexion Taiwans – notfalls mit militärischen Mitteln. Ich spreche bewusst nicht von einer Wiedervereinigung. Denn die Republik China war nie Teil der Volksrepublik. Ich habe die Drohung Xi Jinpings auch im Deutschen Bundestag zur Sprache gebracht. Ich habe die Möglichkeit ergriffen und unserem Außenminister Heiko Maas folgende Frage gestellt:

„Wie wird die Bundesregierung auf die Drohung des chinesischen Staatspräsidenten Xi gegenüber Taiwan in dessen Neujahrsansprache reagieren, beide Länder notfalls mit militärischen Mitteln zu vereinigen?“

Und weil die Antwort so eindeutig wie erfreulich war, möchte ich Sie hier in voller Länge eins zu eins wiedergeben:

„Die Bundesregierung wird in dieser Frage die Position, die sie immer eingenommen hat, auch gegenüber den Verantwortlichen in China vertreten. Unabhängig von den Spannungen, die es im Südchinesischen Meer gibt, halten wir die Androhung von militärischen Mitteln für nicht akzeptabel; das werden wir an der entsprechenden Stelle auch deutlich sagen.

Darüber hinaus ist das ein schönes Beispiel für die Notwendigkeit, wie ich finde, dass

wir nicht nur die Haltung der Bundesregierung, die bei dem Thema eine sehr deutliche gewesen ist, unterstreichen, sondern dass wir uns auch als Europäische Union in dieser Frage positionieren.

Im Übrigen ist es auch ein Beispiel dafür, warum wir der Auffassung sind, dass man im Außenrat der Europäischen Union mit Mehrheitsentscheidungen durchaus besser arbeiten kann. Schließlich ist in der Vergangenheit – durchaus durch nicht ungeschickte Einwirkung von der chinesischen Seite auf einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union – zumindest eine eindeutige Beschlussfassung zu diesem Thema in ihrem Sinne verhindert worden. Insofern wäre es ein Fortschritt, wenn es uns gelingen würde, uns auch auf europäischer Ebene eindeutig in dieser Frage zu positionieren.“

Ich bin mit unserem Außenminister wahrlich nicht immer einer Meinung, aber ich danke Heiko Maas ausdrücklich für dieses Bekenntnis. Wir müssen sagen, was wir denken! Und machen, was wir sagen. Man kann nicht tagein, tagaus von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten reden, aber dann Taiwan hängen lassen. Die westliche Wertegemeinschaft wird sich an seinem Umgang mit der Taiwanfrage messen lassen müssen.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin eine sinnvolle Beteiligung Taiwans an internationalen Organisationen, Mechanismen und Aktivitäten unterstützen. Taiwan muss – auch wenn es kein Mitglied der Vereinten Nationen ist – an der Weltklimakonferenz UNFCCC, der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO, der Weltgesundheitsorganisation WHO oder Interpol teilhaben können. Wer für wirksame Maßnahmen als Antwort auf veränderte Klimabedingungen eintreten

möchte, darf eine Industrienation wie Taiwan nicht von einer UN-Klimakonferenz ausschließen. Eine Teilhabe Taiwans an ICAO ist gerade deshalb unabdingbar, weil der Flughafen Taipeh ein Luftfahrt-Drehkreuz in Südost-Asien ist. Krankheiten und Epidemien machen in unserer globalisierten Welt natürlich nicht an Landesgrenzen halt. Daher wird der Einsatz Taiwans im Kampf für mehr Weltgesundheit sehr geschätzt. Die pragmatische Teilnahme Taiwans an der Weltgesundheitsversammlung wurde von uns immer sehr begrüßt. Doch seit einiger Zeit wird Taiwan auch hier aus politischen Gründen ausgeschlossen.

Am 9. Dezember wurde im Petitionsausschuss des Bundestages eine Anhörung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Taiwan gesprochen. Tief bewegt von den Ereignissen in Hongkong, hatte ein Bürger aus Rostock nach einer Reise nach Taiwan eine entsprechende Petition eingereicht – und in kurzer Zeit mehr als 50.000 Unterstützer für sein Anliegen bekommen. „Ich bin in einem kommunistischen Staat aufgewachsen, als die Mauer fiel war ich knapp 42 Jahre alt. Ich weiß, wie es in einem solchen System läuft, und verstehe die Angst der Taiwanesen vor der Volksrepublik China“, sagt der Petent.

Ich wünsche mir mehr Mut von unserer Regierung. Natürlich übt Rotchina Druck aus – auch auf uns. Aber zu einem der Druck ausübt, gehört auch immer einer, der das mit sich machen lässt. Die Petition hat ihr eigentliches Ziel schon erreicht: Aufmerksamkeit für Taiwan.

MEISTERPFLICHT

Mit der Änderung der Handwerksordnung haben wir für zwölf Handwerke die Meisterpflicht wieder eingeführt. Nach der Abschaffung der Meisterpflicht unter Rot-Grün im Jahr 2003 gingen in einigen Bereichen die Ausbildungszahlen und die Qualität stark zurück.

Die unsachgemäße Ausübung bedeutet dabei auch eine Gefahr für Leib und Leben. Das war der Hebel, um hier noch einmal tätig zu werden. Außerdem wurden solche Handwerke berücksichtigt, die vom Kulturgüterschutz erfasst werden oder als immaterielles Kulturgut gelten.

Konkret handelt es sich um folgende Handwerke:

Fliesen-, Platten- und Mosaikleger

Betonstein- und Terrazzohersteller

Estrichleger

Behälter- und Apparatebauer

Parkettleger

Rollladen- und Sonnenschutztechniker

Drechsler und Holzspielzeugmacher

Böttcher

Glasveredler

Schilder- und Lichtreklamehersteller

Raumausstatter

Orgel- und Harmoniumbauer

Bestehende Betriebe, die derzeit nicht der Meisterpflicht unterliegen, dürfen auch weiterhin ihr Handwerk selbstständig ausüben und erhalten Bestandsschutz. Der Meisterbrief im deutschen Handwerk ist die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft. Die Meisterpflicht trägt

außerdem durch eine hochwertige berufliche Aus- und Weiterbildung auch maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei. Unser Ziel ist: mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung.

ESA-MINISTERRATSKONFERENZ

Ende November fand im spanischen Sevilla die ESA-Ministerratskonferenz „Space19+“ statt. Die für die Raumfahrtaktivitäten zuständigen Minister der 22 Mitgliedsstaaten treffen während der alle zwei bis drei Jahre stattfindenden ESA-MK die Entscheidung über die Finanzierung der ESA und ihrer Raumfahrtprojekte für die kommenden Jahre. Damit stellen sie die Weichen in einer umkämpften, dynamischen Branche, die für Deutschland und Europa von ausgesprochen hoher Bedeutung ist.

Als Berichterstatter meiner Fraktion für das Thema Raumfahrt im Wirtschaftsausschuss und Vorsitzender der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt habe ich mit großer Spannung und hohen Erwartungen nach Spanien geblickt – und wurde nicht enttäuscht. Der Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt, Thomas Jarzombek (CDU), hat unterstützt durch den Leiter des Raumfahrtmanagements des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Dr. Walther Pelzer, einen hervorragenden Job gemacht.

Insgesamt sind Finanzmittel in Höhe von 14,4 Mrd. Euro gezeichnet worden. Deutschland ist mit 3,3 Mrd. Euro und 22,9 Prozent der Neuverpflichtungen größter Beitragszahler vor Frankreich (2,66 Mrd.) Italien (2,28 Mrd.) und Großbritannien (1,65 Mrd.). Nun wird sich

manch einer wundern, warum es ein Grund zum Jubeln ist, dass Deutschland (wieder einmal) das meiste Geld in ein europäisches Gemeinschaftsprojekt steckt: Im Gegensatz zur EU gilt bei der ESA das Prinzip des Geo>Returns. Die ESA-Beiträge fließen jeweils in gleicher Höhe in Form von Industrieverträgen in die Mitgliedsstaaten zurück. Wir geben unserer heimischen Industrie somit starken Rückenwind für die kommenden Jahre.

Schon jetzt ist die deutsche Raumfahrt ein Technologie- und Konjunkturmotor, der nahezu alle Schlüssel- und Hochtechnologien des modernen Industrie- und Informationszeitalters miteinander verbindet. Sie ist mit 9.300 Beschäftigten und einem Umsatz von 2,9 Milliarden Euro ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dazu kommt, dass die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung der Raumfahrt darin liegt, dass sie grundlegende Infrastrukturen und Innovationen bereitstellt, die eine Wertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen erst möglich machen. So sind beispielsweise Satellitennavigationssysteme die Basis für eine moderne Verkehrsplanung und Logistik. Durch die industriellen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Höhe von zehn Prozent des Gesamtumsatzes leistet die Branche einen wichtigen Beitrag für den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt.

Die Schwerpunkte der deutschen Zeichnungen im Rahmen der diesjährigen ESA-MK liegen auf Erdbeobachtung, Telekommunikation, Technologieförderung und Kommerzialisierung/New Space.

Für die satellitengestützte Erdbeobachtung stellt Deutschland beispielsweise insgesamt 721 Mio. Euro bereit. Sie liefert Informationen für ein breites Spektrum an wissenschaftlichen, kommerziellen und

hoheitlichen Anwendungen. Darin enthalten sind rund 520 Millionen Euro für das Copernicus-Segment. Damit behält Deutschland die Führungsrolle in diesem wichtigen Bereich. Konkret geht es um Weiterentwicklung und Erweiterung des Systems um neue Satelliten und Dienste für Klimaüberwachung und Klimaschutz, Landwirtschaft, Mobilität, Sicherheit und Katastrophenvorsorge.

Im Bereich Telekommunikation beteiligt sich Deutschland mit 329 Mio. Euro, darunter ein Programm zur Weiterentwicklung der optischen Kommunikation, Programmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Förderung kommerzieller Anwendungen. Herausstellen möchte ich hier noch das Rahmenprogramm für die Unterstützung von Satelliten für das 5G-Mobilfunknetz, in das Deutschland 13 Millionen Euro investiert. Als Abgeordneter eines ländlichen Wahlkreises liegt mir die Versorgung mit schnellem Internet vor allem auch in der Fläche besonders am Herzen. 5G-Versorgung über Satelliten kann ein Schlüsselbaustein für den Lückenschluss in der Flächenversorgung sein.

Im Bereich Wissenschaft und Exploration bringt sich die Bundesrepublik mit 553 Mio. Euro ein. Hiermit konnte sich Deutschland eine Führungsrolle bei der Internationalen Raumstation ISS und der Serienfertigung der Technikplattform European Service Modul für das NASA-Raumschiff Orion sichern. Ohne uns Europäer werden die Amerikaner die für 2024 geplante astronautische Mondmission also nicht durchführen können – erstmals stammt eine kritische Komponente für eine amerikanische Mission aus Deutsch-

land. Das ist ein großartiger Vertrauensbeweis der NASA in unsere deutsche Technik.

Ich bin mir sicher, wir alle wären begeistert, wenn ein deutscher Astronaut bei der amerikanischen Mondmission mit an Bord wäre. Durch die hohe deutsche Zeichnung stehen die Chancen sicherlich nicht allzu schlecht. Überhaupt sind unsere ESA-Astronauten großartige Werbung für die Raumfahrt. Das hat zuletzt Alexander Gerst bewiesen, der wie ein Popstar gefeiert wird. Umso glücklicher bin ich darüber, dass die Mission unseres nächsten deutschen Astronauten Matthias Maurer zur ISS schon gesichert ist.

Der Einstieg beim Lunar Gateway konnte durch eine Zeichnung von 25 Mio. EUR exklusiv für Leistungen der deutschen KMU reserviert werden. So erhält der deutsche Mittelstand die Möglichkeit, an einer zukünftigen Mondmission zu partizipieren. Als Mitglied des Vorstands des PKM (Parlamentarischer Mittelstand) liegen mir unsere mittelständischen und kleinen Unternehmen besonders am Herzen. Ich bin froh, dass sie zukünftig noch mehr vom deutschen ESA-Engagement profitieren werden.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Zeichnung von 55 Mio. Euro für eine robotische europäische Mondmission. Bisher ist es nur den USA, Russland und China gelungen, erfolgreich auf dem Mond zu landen. Zuletzt sind Israel und Indien an dieser schwierigen Aufgabe gescheitert. Ich bin mir sicher, dass wir Europäer gemeinsam diese Herausforderung bewältigen können, um damit auch den Grundstein für die astronautische Mondmission zu legen.

Von großer wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung ist die Weltraumsicherheit. Der Schutz vor Gefahren aus dem All wird durch die Asteroidenmission HERA sowie einer Mission zur aktiven Entfernung von Weltraummüll vorangetrieben. Dafür stellt die Bundesrepublik insgesamt 84 Mio. Euro bereit.

Für unsere strategische und technische Souveränität ist ein unabhängiger europäischer Zugang zum All unabdingbar. Mit der Entwicklung der nächsten europäischen Trägerrakete Ariane 6, deren Erstflug für Ende nächsten Jahres geplant ist, haben wir diesen gesichert. Im Rahmen der ESA-MK haben wir mit einer Zeichnung von 90 Millionen Euro für die Weiterentwicklung sichergestellt, dass die Wettbewerbsfähigkeit zukünftig noch weiter verbessert werden kann. Wenn der amerikanische Anbieter SpaceX seine Rakete amerikanischen Institutionen zum doppelten Marktpreis verkaufen kann, um die gleiche Rakete für die Hälfte in Europa anzubieten, dann steht dahinter ein klares industriepolitisches Kalkül. Daher bin ich sehr froh, dass das Bundeskabinett vor kurzem die sogenannte europäische Präferenz beschlossen hat: Institutionelle Aufträge aus der Bundesrepublik sollten auch mit europäischen Trägerraketen durchgeführt werden.

Die Raumfahrt ist kein Orchideenthema und keine Beschäftigungstherapie für Technik-Nerds. Sie ist das Rückgrat unserer modernen Gesellschaft und für unser modernes Leben unverzichtbar. Denn sie leistet wertvolle Beiträge für den Umgang mit Herausforderungen und Megatrends in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt – sei es Klimawandel, Mobilität, Digitalisie-

rung, Energie, Ressourcen, gesamtstaatlicher Sicherheit. Wir müssen sie weiter voranbringen!

AHMADIYYA

Die Presseabteilung der Ahmadiyya macht gute Arbeit. Das muss ich anerkennen. Auch diesmal werden die Regional- und Lokalzeitungen unseres Landes nach Silvester wieder voller Berichte über den Neujahrsputz von Mitgliedern der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinde sein. Das hängt natürlich auch mit einer Medienlandschaft zusammen, die geradezu nach Geschichten wie diesen lechzt.

So hieß es beispielsweise in einer Zeitung aus meinem Wahlkreis:

„Als ‚Zeichen für bürgerschaftliches Engagement, Hilfsbereitschaft, Fleiß und für die Liebe zur Heimat‘ verstehen Mitglieder der Ahmadiyya-Gemeinde ihre Aktion, das zusammenzukehren, was von der Silvesternacht übrig geblieben ist. [...] ‚Sauberkeit und Ordnung sind ein Teil unserer Religion‘, erklärte [der] Pressesprecher der Ahmadiyya-Jugend [...]. Böllerfetzen, Plastikverpackungen, ausgebrannte Raketen und Glasscherben: Die jungen Muslime hatten alle Hände voll zu tun. ‚Wir wollen damit unsere Dankbarkeit gegenüber der deutschen Gesellschaft zum Ausdruck bringen, die uns aufgenommen hat.‘“ Eigentlich müsste man vor Scham erröten, weil andere einem den Dreck wegkehren (müssen). Aber es sind doch Worte des Dankes und der Wertschätzung für unser Land, die ich gerne öfter hören würde. Das gilt auch für Mottos wie „Liebe für alle, Hass für keinen“ oder „Wahre Integration bedeutet, das Land, in dem man lebt, zu lieben.“

Leider muss ich die multikulturelle (Neujahrsputz-)Idylle mit einem „aber“ stören. Nachdem sich regionale Ahmadiyya-Funktionsträger immer wieder pressewirksam mit mir treffen wollten, habe ich verschiedene Stellen um eine Einschätzung zu dieser Religionsgemeinschaft gebeten. Das Ergebnis hat mich sehr überrascht.

Sowohl die dem Bundesverwaltungsamt angegliederte Informations- und Dokumentationsstelle „so genannte Sekten und Psychogruppen“ (dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstellt) als auch die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen kamen zu dem gleichen Ergebnis:

„Man sucht die Kontakte zu ‚offiziellen‘ Stellen und hohen kommunalen und/oder politischen Ebenen, um sich zu präsentieren, ins Gespräch zu bringen und als Partner in der Öffentlichkeit aufzutreten. Dahinter steht die missionarisch-strategische Absicht, die Ahmadiyya-Lehren des Islam zu verbreiten und zu diesem Zweck mit einem positiven Image zu verbinden.“

Die Informations- und Dokumentationsstelle „so genannte Sekten und Psychogruppen“ schrieb noch:

„In Familien- und Erziehungsfragen orientiert sich die AMJ in aller Regel an sehr konservativen Mustern patriarchaler Herkunft (arrangierte Ehen etc.); die islamische Ethik spielt eine hervorgehobene Rolle.“

Ich wurde auf die Antwort der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf eine Kleine Anfrage aus dem Jahr 2018 zum Thema „Die Rolle der Frau in der Ahmadiyya Gemeinden in Nordrhein-Westfalen“ verwiesen, die unter dem folgenden Link zu finden ist:

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-1915.pdf;jsessionid=5F6789246D92CBB2BFE8F69871D5ACAC.ifxworker>

Die originalen Fundstellen sind auch heute noch auf der Internetseite der Ahmadiyya einsehbar:

<https://ahmadiyya.de/islam/einfuehrung/>

In den Texten im Themenblock „Die Frau im Islam“ werden Kopftuchgebot und Polygamie verteidigt. Ich erkenne an, dass sich Ahmadiyya Muslim Jamaat für den Frieden einsetzt. Dies ist für mich jedoch eine Selbstverständlichkeit, die keiner besonderen Herausstellung bedarf.

Im Herbst erhielt ich schließlich – wie alle anderen Mitglieder des Deutschen Bundestages auch – eine weitere Einladung der Ahmadiyya Muslim Jamaat. Diese wollten im Dachgarten-Restaurant auf der Reichstagskuppel eine „Grundsatzrede des islamischen Kalifen im Bundestag“ durchführen. Die beabsichtigte Signalwirkung war klar: Der Kalif steht über dem Parlament und richtet sein Wort an die Abgeordneten.

Ich wandte mich daraufhin – wie einige andere Mitglieder unserer Fraktion – an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, woraufhin Wolfgang Schäuble die Durchführung der Veranstaltung schließlich versagte.

Erst kürzlich erhielt ich im Vorfeld unseres Bundesparteitags wieder Post von Ahmadiyya – diesmal von deren Frauenorganisation. Ein Bezirksverband der Seniorenunion hatte in einem Antrag ein Kopftuchverbot an Schulen gefordert. Die

Ahmadiyya-Frauen hätten den Antrag „überrascht zur Kenntnis genommen.“ Und weiter hieß es: „Wenn ein solch sensibles wie umstrittenes Thema in einer aufgeladenen Gesellschaft, wie sie derzeit leider in der Bundesrepublik vorzufinden ist, von einer Partei der bürgerlichen Mitte angegangen wird, darf und muss erwartet werden, dass die Auseinandersetzung darüber gerne kritisch, aber für alle in unserer Gesellschaft lebenden Gruppen, fair und vor allem unter Wahrung der verfassungsrechtlich verbrieften Grundrechte sowie auf dem festen Boden unseres gemeinsamen Grundgesetzes erfolgt.“

Es wurde die Religionsfreiheit aufgeführt. Das Kopftuch mache die Kinder doch nicht zum Außenseitern, sondern nur die Problematisierung des Kleidungsstücks. „Theologisch betrachtet ist das Tragen eines Kopftuchs für Kinder vor der Pubertät nicht vorgeschrieben“, wurde mir geschrieben. Mit meinem Wissen las ich solche Sätze ganz anders als vorher. Es soll nämlich heißen, dass es ab der Pubertät sehr wohl ein Kopftuchgebot gibt. Und auch der muslimische Opfermythos wurde angeführt: „Die Muslime als eine bereits marginalisierte Minderheit werden so nur weiter in die Ecke gedrängt.“

Für mich gehört (Voll-)Verschleierung nicht zu Deutschland. Ralph Giordano hat gerade zum letzten Punkt einmal Folgendes vorgeschlagen:

„Wenn denn das offene Haar der Frau die männliche Begierde weckt, wäre es da nicht besser, den Männern Handschellen anzulegen, als den Frauen das Kopftuch zu verordnen?“

Wir haben auf dem Parteitag schließlich folgenden Antrag verabschiedet:

„Die CDU steht für ein Land, in dem der Mensch die Freiheit zum Glauben hat. Deswegen treten wir dafür ein, dass unsere religiösen Symbole, wie das Kreuz, im öffentlichen Raum sichtbar sind und sichtbar bleiben. Wenn kleine Mädchen schon im Kindergarten und in der Grundschule Kopftuch tragen, dann hat dies nichts mit der Religion zu tun. Das Tragen des Kopftuchs macht aus den kleinen Kindern schon erkennbar Außenseiter, etwa auf dem Spielplatz oder auf dem Schulhof. Dies wollen wir in jedem Fall verhindern. Wir als CDU Deutschlands setzen dabei vor allen Dingen auf die Überzeugung der Eltern. Wir schließen allerdings als letztmögliche Maßnahme auch ein Verbot nicht aus.“

HAUSHALT 2020

Mit dem Bundeshaushalt 2020 setzen wir unsere solide Haushaltspolitik ohne neue Schulden fort. Bereits seit 2014 nimmt der Bund keine neuen Kredite mehr auf, im nächsten Jahr damit zum siebten Mal in Folge. Wir haben die Ausgaben im Bundeshaushalt maßvoll auf 362 Milliarden Euro erhöht. Der Regierungsentwurf einschließlich des Ergänzungshaushalts sah Ausgaben von 360,3 Milliarden Euro vor. Die Schuldenstandsquote wird voraussichtlich in diesem Jahr unter dem Schwellenwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen und damit seit 2002 erstmals wieder die Vorgabe des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten.

Der Bundeshaushalt 2020 ist das richtige Signal in schwierigen Zeiten: Wir stärken die Wachstumskräfte in Deutschland mit Investitionen von 42,9 Milliarden Euro – Rekordniveau. Wir bringen die Ausgaben für Bildung und Forschung auf einen

neuen Höchststand von 18,3 Milliarden Euro. Wir werden unserer internationalen Verantwortung in der NATO durch höhere Verteidigungsausgaben gerecht. Die NATO-Quote steigt 2020 auf 1,42 Prozent des BIP. Aber wir verwenden auch mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts für die soziale Sicherung in Deutschland, darunter mehr als 100 Milliarden Euro für den Zuschuss an die Rentenversicherung. Weiteren „sozialen Wohltaten“ wie sie die SPD auf Kosten der Steuerzahler fordert, erteilen wir aber eine klare Absage. 17 Jahre lang hatten wir an den Defizitorgien unter Rot-Grün zu knabbern, mit uns wird es keinen Rückfall in alte Zeiten geben. Denn die Zeche müssten unsere Kinder und Enkel bezahlen.

Seit der Einführung der Schuldenbremse ist damit Schluss. Auch dank der Schuldenbremse steht die „schwarze Null“. Ich hatte kaum noch gehofft, die Schuldenuhr beim Bund der Steuerzahler jemals rückwärtslaufen zu sehen. Ich habe lange dafür gekämpft. Nicht erst seit ich selbst Vater von fünf Kindern und Großvater bin. Nun ist die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Zur Abschaffung wäre eine 2/3-Mehrheit notwendig. Bei uns in Hessen wurde die Schuldenbremse sogar per Volksentscheid eingeführt. 70 Prozent der Hessen haben sich dafür ausgesprochen. In meinem Wahlkreis lag die Quote sogar noch höher. Mehr Legitimation geht nicht!

Jahr für Jahr haben wir neue Rekorde bei den Steuereinnahmen zu vermelden. Geld ist da, wir brauchen keine Neuverschuldung. Wir müssen die vorhandenen Mittel einfach besser nutzen: Schluss mit der Verteilung von Steuergeldern nach dem Gießkannenprinzip und Schluss mit immer

neuen vermeintlichen „sozialen Wohltaten“. Wenn wir als Staat Geld in die Hand nehmen, dann, um Investitionen anzukurbeln.

WEIHNACHTSGRUß

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Der Bundestag tagt in diesem Jahr bis kurz vor Weihnachten. Nach einem anstrengenden Jahr freue ich mich auf ein paar freie Tage im Kreis der Familie. Ihnen allen Wünsche ich besinnliche und friedliche Weihnachten und natürlich einen guten Rutsch in ein gottgesegnetes Jahr 2020. Verabschieden möchte ich mich mit dem Gedicht „Weihnachtsabend“ von Karl May.

Ich verkünde große Freude,
Die Euch widerfahren ist,
Denn geboren wurde heute
Euer Heiland Jesus Christ!

Jubelnd tönt es durch die Sphären,
Sonne künden's jedem Stern;
Weihrauch duftet auf Altären,
Beter knien nah und fern.

Horch, da schallt vom nahen Dome
Feierlich der Glocken Klang,
Und im majestätischen Strome
Schwingt sich auf der Chorgesang:

›Herr, nun lässest du in Frieden
Deinen Diener zu dir sehn,
Denn sein Auge hat hienieden
Deinen Heiland noch gesehn!‹

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>